

Erste Auswertung Kuratorium umfassende Landesverteidigung vom Regierungsprogramm 2020-24

Gleich zu Beginn 2020 wurde von einem Autorenteam KULV das neue Regierungsprogramm im Sinne der ULV ausgewertet.

Auswertung GLV

- Die GLV kommt im gesamten Regierungsprogramm nicht vor.
- Die Sicherheitsschule und die Informationsoffiziere kommen im Teilbereich Bundesheer nicht mehr vor.
- Die ULV kommt bei der angestrebten Überarbeitung/Evaluierung des Grundsatzerlasses politische Bildung nicht vor.

Zusammenfassend wird vom KULV dringender Handlungsbedarf entsprechend der Verfassung erkannt.

Auswertung WLV

- Die WLV kommt im Gesamten Dokument nicht vor.
- Einzige Maßnahmen der WLV könnte die Zusammenarbeit im Rahmen des European Defence Funds und der Beschaffung im Rahmen der EU (EDA) sein.

Zusammenfassend wird vom KULV ein Handlungsbedarf entsprechend der Verfassung erkannt.

Auswertung ZLV

- Die ZLV kommt im Gesamten Dokument nicht vor.
 - o Dafür jedoch der Zivilschutz und das Krisen- und Katastrophenmanagement (welches auch gesetzlich geregelt werden soll).
- Das KKM zielt v.a. auf die Nutzung des ÖBH für Katastrophen- und sicherheitspolizeiliche Assistenzeinsätze ab.
 - Dazu soll auch die Ausstattung der Pioniere verbessert werden, welche jedoch für solche Einsätze bestes geeignet sind.
 - O Defizite gibt es vor allem bei der Ausstattung für Kampfeinsätze (Gefechtsfeldbrücken, Minenräumung am Gefechtsfeld, etc.).
 - O Der Zivilschutz kommt im Bereich der milLV bei den etwaig auszubauenden Sicherheitsinseln (nach Herstellung der Autarkie der Kasernen) und bei der Stärkung des Zivilschutzes bzw. der Eigenvorsorge (mit Übungen, Weiterentwicklung des Zivilschutzalarmes) vor.
 - Letztendlich bleibt vorerst die Frage offen, ob das SKKM zum BMLV wandert oder nicht (aufgrund der Darstellung im Programm und möglicher Synergien)?
- Ein gesamtstaatliches Lagezentrum (Hochwasser, Pandemie, Blackout, hybride Bedrohungen, sonstige Bedrohungen) ist vorgesehen.
- Das KKM umfasst auch ein Krisenkommunikationsnetz (ehem. Staatsgrundnetz).

Zusammenfassend wird vom KULV ein dringender Handlungsbedarf entsprechend der Verfassung erkannt.